

Grundkurs StPO

Bearbeitet von

Begründet von Prof. Dr. iur. Dr. h.c. Klaus Volk, Ab der aktuellen Auflage allein fortgeführt von Prof. Dr. Armin Engländer

9. Auflage 2018. Buch. XXXI, 401 S. Kartoniert

ISBN 978 3 406 71924 0

Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Strafrecht > Strafverfahrensrecht, Opferschutz](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Volk/Engländer
Grundkurs StPO

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Grundkurs StPO

begründet von

Dr. iur. Dr. h. c. Klaus Volk

em. o. Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München

ab der 8. Auflage allein fortgeführt von

Dr. Armin Engländer

o. Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München

9., neu bearbeitete Auflage

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



VERLAG C.H. BECK MÜNCHEN 2018



www.beck.de

ISBN 978 3 406 71924 0

© 2018 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 9. Auflage

Seit dem letzten Erscheinen dieses Kurzlehrbuchs im Jahr 2013 wurde die StPO an verschiedenen Stellen nicht unwesentlich verändert. Ob die damit verfolgten Ziele (insb. Effektivitätssteigerungen, d. h. schnellere Erledigung – auch auf Kosten der schützenden Formen des Prozesses) tatsächlich erreicht werden, bleibt abzuwarten. Insbesondere im vergangenen Jahr hat der Gesetzgeber gleich eine ganze Reihe von Änderungsgesetzen mit großer Geschwindigkeit verabschiedet. Zu nennen ist hier zunächst und vor allem das „Gesetz zur effektiveren und praxistauglicheren Ausgestaltung des Strafverfahrens“ vom 17.8.2017, ferner das „Gesetz zur Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs“ vom 5.7.2017, das „Zweite Gesetz zur Stärkung der Verfahrensrechte von Beschuldigten im Strafverfahren und zur Änderung des Schöffengerichts“ vom 27.8.2017 und das „Gesetz über die Erweiterung der Medienöffentlichkeit in Gerichtsverfahren (EMöGG)“ vom 8.10.2017. Bereits zuvor ergaben sich Änderungen u. a. durch das „Gesetz zur Stärkung des Rechts des Angeklagten auf Vertretung in der Berufungsverhandlung und über die Anerkennung von Abwesenheitsentscheidungen in der Rechtshilfe“ vom 17.7.2015, das „Gesetz zur Einführung einer Speicherpflicht und einer Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten“ vom 17.12.2015 und das „Gesetz zur Stärkung der Opferrechte im Strafverfahren (3. OpferrechtsreformG)“ vom 21.12.2015. All diese Gesetzesreformen sind in der aktuellen Auflage eingearbeitet.

Aus der aktuellen Rechtsprechung seien hier nur einige besonders bedeutsame Entscheidungen genannt: die sich teilweise widersprechenden Judikatur zur Tatprovokation (EGMR NJW 2015, 3631; BVerfG NJW 2015, 1083; BGHSt 60, 238; 60, 276), die jüngsten Entscheidungen zum Konfrontationsrecht des Angeklagten (EGMR StV 2017, 213; BGH NStZ 2017, 602; NStZ 2018, 51), der Beschluss des BVerfG zum Ende der Eilkompetenz der Ermittlungsbehörden bei der Durchsuchung (BVerfGE 139, 245) und die Entscheidungen des BGH zum Verwertungsverbot bei Verstoß gegen den Richtervorbehalt bei der Durchsuchung und der Nichtanwendbarkeit der Widerspruchslösung (BGHSt 61, 266), zur Verwertbarkeit von Beweisen bei „legendierten Kontrollen“ (BGH NJW 2017, 3173) sowie zum Umfang der Belehrung bei ermittlungsrichterlicher Vernehmung eines angehörigen Zeugen im Kontext des § 252 StPO (BGHSt GrS 61, 221).

Die Ziele des Lehrbuchs sind unverändert: Studierende (und auch Referendare) mit der Struktur, den Akteuren und der Ausgestaltung des Strafverfahrens bekanntzumachen, über die aktuellen Entwicklungen in Gesetzgebung und Rechtsprechung zu informieren und dabei die Stoffmenge im Rahmen zu halten. Wie schon bisher beschränken sich die Nachweise, um das Buch nicht mit Fußnoten zu überfrachten, weitgehend auf die wesentliche Rechtsprechung und die Kommentarliteratur. Wer es an dem einen oder anderen Punkt genauer wissen und sich vertieft mit den zu einem Problem vertretenen Auffassungen aus dem Schrifttum befassen möchte, sei hier auf die Kommentare verwiesen.

Ein großes Dankeschön für Hilfe und Unterstützung bei der Erstellung der 9. Auflage gilt meinem gesamten Lehrstuhlteam, namentlich den wissenschaftlichen Mitarbeite-

rinnen Frau *Nikola Kästle*, Frau *Marie-Lena Marsteller*, Frau *Tanja Niedernhuber* und Frau *Nina Wolf*, den studentischen Hilfskräften Frau *Mahja Afrosheh*, Frau *Anna Biehler*, Frau *Anna Böffgen*, Frau *Henrike Sievers*, Frau *Elisabeth Tscharke*, Herrn *Jonathan Dyckhoff* und Herrn *Simon Knirsch* sowie last but not least meiner Sekretärin Frau *Marina Javid-Mamasani*. Alle Leserinnen und Leser sind herzlich eingeladen, sich mit Vorschlägen, Kritik und Lob unter *armin.englaender@jura.uni-muenchen.de* an mich zu wenden.

München, im Januar 2018

Armin Engländer

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage

Ich hatte die Studierenden im Blick (und die Referendare nicht übersehen), die mit dem Strafverfahrensrecht von vorne anfangen und sicher sein wollen, dass sie am Ende, wenn sie dieses Buch durchgearbeitet haben, im Examen bestehen können. Das Lernziel muss sein, mit möglichst wenig Wissen möglichst viele Probleme lösen zu können. Die erworbenen Kenntnisse wird man nur erfolgreich umsetzen, wenn man begriffen hat, wie in einem Strafverfahren gearbeitet, gedacht und entschieden wird. Das Buch soll deshalb vor allem die Fähigkeit vermitteln, prozessual zu denken. Aus diesem Grunde ist es am Gang des Verfahrens orientiert. Man hat, wenn man ein Lehrbuch zur StPO schreibt, nur die Wahl zwischen zwei jeweils unbefriedigenden Ordnungsprinzipien. Folgt man strikt dem Verfahrensablauf, lassen sich die „Institutionen“ nicht geschlossen darstellen; zieht man es aber vor, sich an diesen Institutionen, Prozessprinzipien etc. zu orientieren, zerreißt man den Verfahrensgang. Alle StPO-Lehrbücher schließen Kompromisse. Hier wurde der Akzent auf die Chronologie des Verfahrens gelegt. Ich habe mit vielen Beispielen und kleinen Fällen gearbeitet und versucht, nichts ohne Begründung stehen zu lassen. Das Buch geht nur so sehr in die Details, wie es nötig ist, um die Grundzüge und Strukturen zu beherrschen. Andererseits kommen auf diese Weise so viele Fragen zur Sprache, dass auch Referendare ihren Nutzen haben werden. Im Anhang gibt es Hinweise zur Kommentierung, wie ich sie auch in der Vorlesung gebe.

Das waren, aus meiner Sicht, die Vorteile, die das Buch haben soll. Nun zu den Mängeln, die es sicher hat. Es enthält sehr wenige Literatur-Zitate. Ich halte ein Elementarbuch nicht für den geeigneten Ort, wissenschaftliche Dispute auszutragen. Wer sich für weitere Begründungen oder Gegenansichten interessiert, wird die entsprechenden Hinweise aufgreifen. Man möge es mir bitte nicht als Zeichen von Arroganz oder Ignoranz auslegen, dass so viele Autoren nicht einmal genannt, geschweige denn verarbeitet sind. Die Gefahr, dass man mir „unwissenschaftliche“ Arbeitsweise vorwerfen könnte, habe ich gesehen und billigend in Kauf genommen. Verglichen mit dem wissenschaftlichen Schrifttum, wird relativ häufig auf Kommentare und viel auf die Rechtsprechung verwiesen. Das mag mit meinem Faible für die Praxis zu tun haben, sorgt aber jedenfalls dafür, dass die herrschende Meinung gebührend dokumentiert wird. Wo ich sie nicht teile, kommt sie dennoch zur Geltung. Äußerst selten habe ich meine Sympathie für abweichende Ansichten offenbart, weil es in einem Kurzlehrbuch zu viel Raum eingenommen hätte, sie zu begründen und dadurch die Proportionen verschoben würden. Bei den Nachweisen aus der Rechtsprechung habe ich lange Zitat-Reihen vermieden und mich bemüht, jeweils den ersten grundlegenden Fall und die jüngste wichtige Entscheidung zu nennen. Gerne hätte ich mehr über die Revision gesagt, anhand von Fällen gezeigt, wie dieses Rechtsmittel funktioniert und wie man es erfolgreich betreiben kann. Das hätte zwar den Leser, wie ich ihn mir vorstelle, nicht überfordert, aber den Zuschnitt des Buches zu sehr verändert.

Klaus Volk

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 9. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Literaturverzeichnis	XXIX
§ 1. Der Strafprozessrechtsfall	1
§ 2. Strafprozessrecht und materielles Strafrecht	2
§ 3. Die Ziele des Strafverfahrens	3
§ 4. Der Gang des Verfahrens	6
§ 5. Die Gerichte: Verfassung, Organisation und Zuständigkeit	8
§ 6. Die Staatsanwaltschaft: Organisation und Rechtsstellung	19
§ 7. Die Polizei	25
§ 8. Das Ermittlungsverfahren	29
§ 9. Der Beschuldigte	35
§ 10. Eingriffe und Zwangsmaßnahmen	52
§ 11. Der Verteidiger	94
§ 12. Die Abschlussverfügung der Staatsanwaltschaft	111
§ 13. Die Tat	127
§ 14. Die Prozessvoraussetzungen	135
§ 15. Die Prozesshandlungen	146
§ 16. Das Zwischenverfahren	156
§ 17. Das Hauptverfahren (Überblick)	162
§ 18. Die Prozessmaximen	170
§ 19. Das Gericht in der Hauptverhandlung	184
§ 20. Die Prozessbeteiligten	193
§ 21. Die Beweismittel	198
§ 22. Grundbegriffe des Beweisrechts	217
§ 23. Beweisführung und Beweisverfahren	218
§ 24. Die Aufklärungspflicht, § 244 Abs. 2	222
§ 25. Das Beweisantragsrecht	225
§ 26. Die Mündlichkeit der Beweisaufnahme	237
§ 27. Die Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme	241
§ 28. Die Beweisverbote	258
§ 29. Die freie Beweiswürdigung	277
§ 30. Das abgesprochene Urteil – Verständigung im Strafverfahren	281
§ 31. Das Urteil	289
§ 32. Die Rechtskraft	293
§ 33. Besondere Verfahrensarten	297
§ 34. Rechtsmittel: Allgemeine Regeln	302
§ 35. Die Berufung	311
§ 36. Revision	315
§ 37. Die Beschwerde	330
§ 38. Die Wiederaufnahme des Verfahrens	333
§ 39. Die Beteiligung des Verletzten am Verfahren	339
§ 40. Die Kosten des Verfahrens	349

Kommentierungshinweise	353
Lösungshinweise für die Fälle und Fragen	357
Sachverzeichnis	389

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 9. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Literaturverzeichnis	XXIX
§ 1. Der Strafprozessrechtsfall	1
§ 2. Strafprozessrecht und materielles Strafrecht	2
<i>Übersicht 1: Aufbau des Strafrechts</i>	2
§ 3. Die Ziele des Strafverfahrens	3
<i>Übersicht 2: Ziele des Strafverfahrens</i>	3
I. Defizit Wahrheit	4
II. Defizit Gerechtigkeit	4
III. Defizit Rechtsfrieden	4
IV. Der Weg zum Ziel	5
Fälle und Fragen	5
§ 4. Der Gang des Verfahrens	6
<i>Übersicht 3: Der Gang des Verfahrens</i>	6
Fälle und Fragen	7
§ 5. Die Gerichte: Verfassung, Organisation und Zuständigkeit	8
I. Das Gerichtsverfassungsrecht	8
1. Art. 92 GG	8
2. Art. 97 GG	8
3. Art. 101 GG	9
II. Die Organisation der Gerichte	9
III. Die Zuständigkeit der Gerichte in erster Instanz	10
1. Überblick	10
2. Die sachliche Zuständigkeit des Amtsgerichts	10
3. Die sachliche Zuständigkeit des Landgerichts	11
4. Die Zuständigkeit des Oberlandesgerichts	12
5. Die Laienrichter	12
6. Die örtliche Zuständigkeit (Gerichtsstand)	13
IV. Die Zuständigkeit in Rechtsmittelsachen	14
1. Das Landgericht	14
2. Das Oberlandesgericht	14
3. Der Bundesgerichtshof	14
V. Internationale Strafgerichte	15
1. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)	15
2. Der Europäische Gerichtshof (EuGH)	16
3. Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH)	16
Fälle und Fragen	17
<i>Übersicht 4: Gerichtsaufbau in Strafsachen (Erwachsenenstrafrecht)</i>	18

§ 6. Die Staatsanwaltschaft: Organisation und Rechtsstellung	19
I. Die Funktion der Staatsanwaltschaft im Ablauf des Strafverfahrens	19
II. Der Aufbau der Staatsanwaltschaft	19
III. Der Staatsanwalt als Beamter	20
1. Der hierarchische Aufbau	20
2. Das Weisungsrecht	20
Übersicht 5: Weisungsrechte	20
3. Das Substitutionsrecht	20
4. Das Devolutionsrecht	21
Übersicht 6: Devolutionsrecht	21
IV. Das Amt des Staatsanwalts	21
1. Die Prinzipien	21
2. Der Freiraum des Staatsanwalts	22
3. Die Bindung der Staatsanwaltschaft an die Rechtsprechung	23
V. Die Rechtsstellung der Staatsanwaltschaft	23
VI. Die europäische Staatsanwaltschaft	24
Fälle und Fragen	24
§ 7. Die Polizei	25
I. Die Organisation	25
II. Polizei und Staatsanwaltschaft	26
Übersicht 7: Polizei und Staatsanwaltschaft	28
Fälle und Fragen	29
§ 8. Das Ermittlungsverfahren	29
I. Die Kompetenzen	29
1. Die Verfahrensherrschaft	29
2. Der Ermittlungsrichter	29
II. Der Verdacht	30
Übersicht 8: Verdacht	30
III. Verdacht und Unschuldsvermutung	30
IV. Der Anfangsverdacht	31
1. Der Begriff	31
2. Die Quellen: Strafanzeige, Strafantrag und andere	33
Übersicht 9: Strafantrag als Prozessvoraussetzung	34
Fälle und Fragen	35
§ 9. Der Beschuldigte	35
I. Der Begriff, Vernehmung, Belehrung	35
1. Der Begriff des Beschuldigten	35
2. Der Beschuldigte – der Zeuge	37
Übersicht 10: Der Beschuldigte – der Zeuge	37
3. „Verdächtige“	37
4. Informatorisches Befragen	37
5. Spontanäußerungen	38
6. Die Beschuldigtenvernehmung	38
7. Die Belehrungspflichten	39
8. Verwertungsverbote	40
II. Verbogene Vernehmungsmethoden	42
1. Die Grundstruktur des § 136a	42
2. Fallgruppen	42
3. Die Reichweite des Verbots	44
4. Private „Vernehmungen“	44
5. Verwertungsverbot	44

III. Die Rechte des Beschuldigten	48
1. Der Anspruch auf rechtliches Gehör	48
2. Das Recht auf Verteidigung	49
3. Beweisanträge	49
4. Das Fragerecht	49
5. Das Akteneinsichtsrecht	49
6. Das Schweigerecht	50
7. Das Anwesenheitsrecht	50
<i>Übersicht 11: Anwesenheitsrecht</i>	50
IV. Die Pflichten des Beschuldigten	51
1. Die Pflicht zum Erscheinen	51
2. Die Duldungspflicht	51
Fälle und Fragen	51
 § 10. Eingriffe und Zwangsmaßnahmen	52
I. Freie Ermittlungen	52
1. Der Grundsatz der freien Gestaltung des Ermittlungsverfahrens	52
2. Maßnahmen unterhalb der Schwelle des Eingriffs	52
II. Die Zwangsmaßnahmen im Überblick	53
<i>Übersicht 12a: Eingriffe in Grundrechte des Beschuldigten</i>	54
<i>Übersicht 12b: Eingriffe in Grundrechte Dritter</i>	55
III. Die Untersuchungshaft	55
1. Zweck	56
2. Arten	56
3. Voraussetzungen	56
4. Verfahren	58
5. Der Vollzug der U-Haft	62
6. Rechtsbehelfe	62
7. Der Europäische Haftbefehl	63
IV. Sonstige Grundrechtseingriffe	64
1. Unterbringung zur Beobachtung, § 81	64
2. Körperliche Untersuchung des Beschuldigten, § 81a	64
3. Erkennungsdienstliche Behandlung, § 81b	65
4. Untersuchung anderer Personen, § 81c	66
5. DNA: Analyse, Identitätsfeststellung, §§ 81e–h	66
6. Sicherstellung, Beschlagnahme, §§ 94ff.	68
7. Rasterfahndung, § 98a	70
8. Überwachung der Telekommunikation (einschließlich Quellen-TKÜ), §§ 100a, d f., und der Verbindungsdaten, §§ 100g, h	71
9. Online-Durchsuchung, § 100b	77
10. Einsatz technischer Mittel und Wohnraumüberwachung, §§ 100cff.	78
11. Durchsuchung, §§ 102ff.	80
12. Verdeckte Ermittler, §§ 110a ff.	84
13. Kontrollstellen, § 111	86
14. Vorläufige Festnahme, §§ 127ff.	87
15. Fahndung, § 131	88
16. Feststellung der Identität, §§ 163b, c	88
17. Netzfahndung, § 163d	89
18. Polizeiliche Beobachtung, § 163e	89
19. Längerfristige Observation, § 163f	89
V. Rechtsschutz im Ermittlungsverfahren	89
1. Überblick	90
<i>Übersicht 13: Rechtsschutz im Ermittlungsverfahren</i>	90
2. Rechtsschutz gegen bevorstehende und andauernde Eingriffe	90

3. Rechtsschutz gegen erledigte (vollzogene) Maßnahmen	91
4. Sonderregelung, § 101 Abs. 7	92
5. Weitere Sonderfälle	93
Fälle und Fragen	93
§ 11. Der Verteidiger	94
I. Die Rolle des Verteidigers	94
II. Die Rechte des Verteidigers	95
1. Anwesenheitsrecht	95
2. Eigene Ermittlungen	96
3. Beweisantragsrecht	96
4. Erklärungen	96
5. Das Recht auf Akteneinsicht, § 147	97
6. Das Recht auf Kontakt (ungehinderten Verkehr) mit dem Beschuldigten, § 148 ..	100
III. Die Pflichten des Verteidigers	100
1. Die Fürsprachepflicht	100
2. Die Verschwiegenheitspflicht	101
3. Die Wahrheitspflicht	101
IV. Die Rechtsstellung des Verteidigers	102
1. Organ der Rechtspflege	102
2. Mindermeinungen	102
3. Eingeschränkte Organtheorie	103
V. Die Grenzen der Verteidigung	103
VI. Notwendige Verteidigung – Pflichtverteidiger	104
Übersicht 14: Notwendige Verteidigung – Pflichtverteidiger	104
1. Voraussetzungen	104
2. Die Bestellung	106
3. Die Auswahl	106
4. Rücknahme und Widerruf der Bestellung	106
5. Pflichtverteidiger neben Wahlverteidiger	107
VII. Das Verbot der Mehrfachverteidigung, § 146	108
1. Tatsidentität (S. 1)	108
2. Verfahrensidentität (S. 2)	108
3. Sukzessive Mehrfachverteidigung	108
4. Rechtsfolgen bei verbottwidriger Mehrfachverteidigung	108
VIII. Eingriffe in die Berufsfreiheit des Verteidigers	109
1. Der Ausschluss des Verteidigers, §§ 138a ff.	109
2. Geldwäscheverdacht	109
Fälle und Fragen	110
§ 12. Die Abschlussverfügung der Staatsanwaltschaft	111
I. Überblick	111
Übersicht 15: Die Abschlussverfügung der StA	112
II. Die Einstellung gem. § 170 Abs. 2	112
1. Voraussetzungen	112
2. Die Bindung der Staatsanwaltschaft an die Rechtsprechung	113
3. Die Mitteilung an den Beschuldigten	113
4. Rechtskraft	114
5. Der Bescheid an den Antragsteller, § 171	114
III. Das Klageerzwingungsverfahren, §§ 172ff.	114
1. Zweck und Anwendungsbereich	114
2. Das Verfahren	114
3. Der Verletzte	115

IV. Die Einstellung nach §§ 153ff.	116
1. Das Opportunitätsprinzip	116
Übersicht 16: Einstellung des Verfahrens	117
2. § 153	118
3. § 153a	119
4. §§ 154, 154a	120
5. Kronzeugen	122
V. Die Anklage	123
1. Arten	123
2. Inhalt	123
3. Funktion	123
4. Adressat	126
Fälle und Fragen	126
§ 13. Die Tat	127
I. Der Tatbegriff: Grundlagen	127
1. Tat und Straftat	127
2. Definition	127
II. Die Funktion des Tatbegriffs	128
1. Prozessgegenstand	128
2. Die Aburteilungsbefugnis des Gerichts	128
3. Die Umgestaltung der Strafklage und die Hinweispflicht	129
4. Nachtragsanklage, § 266	130
III. Verbindung, Trennung	131
IV. Rechtskraft	132
V. Der Tatbegriff: Typologie und Problemfälle	132
1. Tat und Tateinheit (Idealkonkurrenz)	132
2. Tat und Tatmehrheit (Realkonkurrenz)	133
3. Tatgeschehen und Angriffsrichtung	133
4. Alternative Begehungsweisen	134
Fälle und Fragen	135
§ 14. Die Prozessvoraussetzungen	135
I. Die Funktion	135
II. Der Begriff	136
1. Definition	136
2. Terminologie	136
3. Struktur	137
III. Die Prozessvoraussetzungen im System von Strafrecht und Strafprozessrecht	137
1. Der systematische Standort	137
Übersicht 17: Systematischer Standort von materiellem Strafrecht und Strafverfahrensrecht	137
2. Prüfung von Amts wegen	138
3. Prüfung im Freibeweisverfahren	138
4. In dubio pro reo	138
IV. Der Katalog der Prozessvoraussetzungen/Prozesshindernisse	138
1. Gerichtsbarkeit	138
2. Zuständigkeit	139
3. Immunität	139
4. Strafmündigkeit	139
5. Tod des Beschuldigten	139
6. Verhandlungsunfähigkeit	140
7. Verjährung	140

8. Niederschlagung des Verfahrens	140
9. Strafantrag	140
10. Rechtskräftige Entscheidung	141
11. Anderweitige Rechtshängigkeit	141
12. Anklage	141
13. Eröffnungsbeschluss	141
V. Prozessvoraussetzungen, Verfahrensfehler und Verfassungsrecht	142
1. Überlange Verfahrensdauer	143
2. Tatprovokation (agent provocateur)	143
3. Verhältnismäßigkeitsprinzip	144
4. Rechtsstaatsprinzip und fair trial	145
Fälle und Fragen	145
§ 15. Die Prozesshandlungen	146
I. Begriff	146
II. Voraussetzungen	147
III. Mängel	147
1. Irrtum	147
2. Drohung, Zwang	148
3. Unzulässige Absprachen	148
IV. Rechtsfolgen	148
1. Unwirksamkeit	148
2. Nichtigkeit	149
V. Rechtsmissbrauch und Verwirkung	150
VI. Widerruf	150
1. Urteile und Beschlüsse	150
2. Prozesstragende Entscheidungen	150
3. Einfache Prozesserklärungen	151
VII. Formen	151
VIII. Fristen und Termine	152
1. Termine	152
2. Fristen	152
3. Ausschlussfristen	152
IX. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, §§ 44ff	153
1. Rechtsbehelf	153
2. Fristen	153
3. Fristversäumung	153
4. Verschulden	153
5. Antrag auf Wiedereinsetzung	154
6. Rechtsfolge	154
X. Exkurs: §§ 23 ff. EGGVG	155
Fälle und Fragen	155
§ 16. Das Zwischenverfahren	156
I. Die Bedeutung	156
II. Die Zuständigkeit	156
1. Sachliche Zuständigkeit	156
2. Örtliche Zuständigkeit	157
III. Ablauf	157
1. Mitteilung der Anklageschrift, Beweiserhebungen, Beweisanträge	157
2. Pflichtverteidiger	157
3. Die Entscheidungsmöglichkeiten des Gerichts	157
IV. Der Eröffnungsbeschluss, §§ 203, 207	158

1. Voraussetzungen, § 203	158
2. Inhalt	158
3. Bestandskraft	159
4. Nachträgliche Entscheidungen	159
5. Der Eröffnungsbeschluss als Prozessvoraussetzung	159
V. Der Ablehnungsbeschluss, § 204	159
1. Voraussetzungen	159
2. Inhalt	160
3. Anfechtung	160
4. Rechtskraft	160
VI. Die vorläufige Einstellung des Strafverfahrens, § 205	160
VII. Die Einstellung des Verfahrens nach §§ 153 ff.	161
Fälle und Fragen	161

§ 17. Das Hauptverfahren (Überblick)	162
I. Die Vorbereitung der Hauptverhandlung	162
1. Terminsbestimmung, § 213	162
2. Ladungen, § 214, Beweisanträge, § 219, und unmittelbare Ladung, § 220	162
3. Zustellung des Eröffnungsbeschlusses	163
4. Mitteilung der Gerichtsbesetzung, § 222a	163
5. Kommissarische Vernehmung, §§ 223, 224	164
6. Augenschein, § 225	165
II. Die Hauptverhandlung	165
1. Der äußere Ablauf	165
2. Das Verhandlungsprotokoll	167
Fälle und Fragen	169

§ 18. Die Prozessmaximen	170
<i>Übersicht 18: Prozessmaximen</i>	170
I. Das Offizialprinzip	171
1. Antragsdelikte	171
2. Ermächtigungsdelikte	171
3. Privatklagedelikte	171
II. Das Akkusationsprinzip	172
III. Das Legalitätsprinzip	172
IV. Das Opportunitätsprinzip	172
V. Das Gebot eines fairen Strafverfahrens	173
1. Deutsches Recht	173
2. Europäisches Recht	174
VI. Das Beschleunigungsgebot	174
1. Verfahrensdauer	174
2. Die Konzentrationsmaxime	175
VII. Der Untersuchungsgrundsatz	175
VIII. Der Grundsatz der freien richterlichen Beweiswürdigung	176
IX. Der Grundsatz „in dubio pro reo“	176
1. Funktion	177
2. Anwendungsbereich	177
X. Der Grundsatz der Mündlichkeit	179
XI. Der Grundsatz der Unmittelbarkeit	179
XII. Der Grundsatz der Öffentlichkeit	180
1. Die Funktion des Prinzips	180
2. Der Begriff „Öffentlichkeit“	180
3. Erweiterungen der Öffentlichkeit	180

4. Beschränkungen der Öffentlichkeit	181
5. Der Ausschluss der (gesamten) Öffentlichkeit	182
6. Film, Funk und Fernsehen	182
Fälle und Fragen	183
§ 19. Das Gericht in der Hauptverhandlung	184
I. Der Grundsatz des gesetzlichen Richters	184
II. Ausschließung und Ablehnung	184
1. Die Ausschließung	185
Übersicht 19: Ausschließung (§§ 22, 23)	185
2. Die Ablehnung, § 24	186
3. Das Verfahren	189
III. Die Verhandlungsleitung, § 238	191
1. Die Anordnungen des Vorsitzenden, § 238 Abs. 1	191
2. Das Beanstandungsrecht, § 238 Abs. 2	191
Fälle und Fragen	192
§ 20. Die Prozessbeteiligten	193
I. Anwesenheitsrechte und -pflichten	193
1. Hauptbeteiligte	193
2. Nebenbeteiligte	196
II. Fragerichte	197
1. Das Recht auf unmittelbare Befragung	197
2. Die Zurückweisung von Fragen, § 241 Abs. 2	197
3. Die Entziehung des Fragerights	198
4. Rechtsbehelfe	198
Fälle und Fragen	198
§ 21. Die Beweismittel	198
I. Der Zeuge, §§ 48ff., 85	199
1. Die Prozessrolle	199
2. Die Pflichten	200
3. Die Zeugnisverweigerungsrechte, §§ 52ff.	202
4. Das Auskunftsverweigerungsrecht, § 55	204
5. Der Zeugenschutz	206
6. Die Vernehmung des Zeugen	206
7. Verfahrensbeteiligte in der Rolle des Zeugen	208
8. Der sachverständige Zeuge, § 85	210
II. Der Sachverständige	210
1. Die Rolle des Sachverständigen und seine Aufgaben	210
2. Auswahl und Bestellung	211
3. Anknüpfungstatsachen, Befundtatsachen, Zusatztatsachen	212
4. Die Pflichten des Sachverständigen	212
III. Augenschein	213
1. Begriff	213
2. Objekte	213
3. Richter und Augenscheinshilfen	214
Übersicht 20: Persönliche Beweismittel	215
IV. Urkundenbeweis	215
1. Der Begriff der Urkunde	215
2. Die Formen des Urkundenbeweises	216
3. Die Notwendigkeit des Urkundenbeweises	216
Fälle und Fragen	216

§ 22. Grundbegriffe des Beweisrechts	217
§ 23. Beweisführung und Beweisverfahren	218
I. Tatsachen	218
1. Haupttatsachen, Indizien, Hilfstatsachen	218
2. Erfahrungssätze	220
II. Beweisverfahren	220
1. Strengbeweis	220
2. Freibeweis	220
III. Beweisbedürftigkeit	221
Fälle und Fragen	222
§ 24. Die Aufklärungspflicht, § 244 Abs. 2	222
I. Ziel	222
II. Umfang	223
III. Adressat	223
IV. Inhalt	224
§ 25. Das Beweisantragsrecht	225
I. Grundlagen	225
II. Begriff	225
1. Beweisanträge, Beweisermittlungsanträge, Beweisanregungen	225
Übersicht 21: Beweisantrag	226
2. Eventualbeweisantrag, Hilfsbeweisantrag	228
III. Form und Zeitpunkt	228
IV. Die Ablehnung von Beweisanträgen	229
1. Überblick	229
2. Die Ablehnungsgründe, § 244 Abs. 3	230
3. Die Ablehnung nach § 244 Abs. 4 (Sachverständige)	234
4. Augenschein, Auslandszeugen und Verlesung eines Ausgangsdokuments, § 244 Abs. 5	235
5. Präsente Beweismittel, § 245	236
6. Der Ablehnungsbeschluss, § 244 Abs. 6	236
Fälle und Fragen	237
§ 26. Die Mündlichkeit der Beweisaufnahme	237
I. Verlesung von Urkunden	238
II. Der formfreie Vorhalt	238
III. Audiovisuelle Vernehmung	239
1. Die Simultan-Aufzeichnung, § 58a	239
2. Die simultane Bild-Ton-Vernehmung außerhalb der Hauptverhandlung, §§ 58b, 168e	240
3. Die simultane Bild-Ton-Vernehmung und ihre Aufzeichnung in der Hauptverhandlung, § 247a	240
4. Die Verwertung der Aufzeichnungen	240
Fälle und Fragen	241
§ 27. Die Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme	241
I. Grundregeln	241
II. Urkundenbeweis neben Personalbeweis	241
III. Die Verlesung von Protokollen, §§ 251ff.	242
1. Verlesung bei Abwesenheit, § 251	242
2. Verlesung nach Zeugnisverweigerung, § 252	244
Übersicht 22: Verlesung nach Zeugnisverweigerung	249

3. Verlesung zur Behebung von Erinnerungslücken und Widersprüchen, § 253	249
4. Verlesung und Vorführung von Geständnissen, § 254	249
5. Verlesung der Gutachten und Erklärungen von öffentlichen Behörden oder Ärzten, § 256	250
6. Bild-Ton-Vorführung aufgezeichneter Zeugenvernehmungen, § 255a	252
IV. Der Zeuge vom Hörensagen	252
V. Verdeckte Ermittlungen	253
1. Die strafrechtliche Seite	253
2. V-Personen, Informanten, noeP und verdeckte Ermittler	254
3. Die Sperre des Zeugen	255
4. Die Stufentheorie	255
5. Die gerichtliche Überprüfung der Sperrerklärung	257
Fälle und Fragen	257
§ 28. Die Beweisverbote	258
I. Begriff	258
1. Beweiserhebungsverbote	258
2. Beweisverwertungsverbote	259
II. Die Funktion der Beweisverbote	260
III. Die Konstruktion der Beweisverbote	260
1. Rechtskreistheorie	261
2. Die Lehre vom Schutzzweck der Norm	261
3. Die Abwägungslehre	262
4. Die Lehre vom Informationsbeherrschungsanspruch	262
5. Zusammenfassung	263
6. Der hypothetische Ermittlungsverlauf	263
IV. Die Einzelfälle: <i>Unselbständige Beweisverwertungsverbote</i>	264
1. Die Zeugenaussage ohne Belehrung nach § 52 Abs. 3	264
2. Die Vertrauensperson (§ 53) verletzt die Schweigepflicht (§ 203 StGB)	265
3. Die Zeugenaussage ohne Genehmigung, § 54	265
4. Zeugenaussage ohne Belehrung nach § 55 Abs. 2	265
5. Der Verstoß gegen ein Beschlagnahmeverbot, § 97	266
6. Zeugnisverweigerung in der Hauptverhandlung, § 252	266
7. Die fehlerhafte Belehrung des Beschuldigten	266
8. Verbogene Vernehmungsmethoden, § 136a Abs. 3	267
9. Der Beschuldigte in der „Hörfalle“	267
10. Das vereitelte Anwesenheitsrecht des Beschuldigten, §§ 168c Abs. 2, 168d Abs. 1	268
11. Körperliche Untersuchung, § 81a	268
12. Telekommunikationsüberwachung, §§ 100a, d.	268
13. Durchsuchung, §§ 102ff.	269
14. Beweismittel aus „legendierten Kontrollen“	269
15. Verdeckte Ermittlungen	270
16. Private Ermittlungen	271
V. Die Einzelfälle: <i>Selbständige Beweisverwertungsverbote</i>	272
1. Tagebücher und Gespräche	273
2. Tonbänder, Fotos, Videos	274
3. Das Schweigen des Beschuldigten	275
VI. Die Fernwirkung der Beweisverbote („fruit of the poisonous tree“)	275
Fälle und Fragen	276
§ 29. Die freie Beweiswürdigung	277
I. Begriff und Grenzen	277
1. Freiheit und Bindung	277

2. Umfassende Beweiswürdigung	278
3. Überzeugung und naturwissenschaftliche Erkenntnisse	278
II. Die Ausnahmen	279
1. Beweisregeln	279
2. Beweisverbote	279
3. Das Schweigen des Beschuldigten	279
4. Die Verweigerung des Zeugnisses	280
Fälle und Fragen	281
§ 30. Das abgesprochene Urteil – Verständigung im Strafverfahren	281
I. Grundzüge	281
II. Die gesetzlichen Voraussetzungen	283
III. Die Bindungswirkung	285
IV. Ungültige Absprachen	287
Fälle und Fragen	288
§ 31. Das Urteil	289
I. Begriffe	289
II. Das Prozessurteil	289
1. Entscheidungsreife	289
2. Konkurrenz	289
III. Das Sachurteil	290
1. Die Regel: Verurteilung oder Freispruch	290
2. Die Ausnahme: Teilstreifspruch	290
IV. Beratung und Abstimmung	291
V. Die Urteilsverkündung	291
VI. Inhalt und Aufbau des Urteils	291
1. Urteilseingang	291
2. Urteilstenor (-formel, -spruch)	292
3. Paragraphenliste	292
4. Urteilsgründe Übersicht 23: Aufbau der Urteilsgründe	292
5. Unterschrift	293
Fälle und Fragen	293
§ 32. Die Rechtskraft	293
I. Formelle Rechtskraft	293
1. Urteile	293
2. Beschlüsse	294
II. Materielle Rechtskraft (Urteile)	294
1. Die Funktion der Rechtskraft	294
2. Der Umfang der Rechtskraft	295
3. „Ergänzungsklage“	295
4. Das „Wesen“ der Rechtskraft	295
5. Der Wegfall der Rechtskraft	295
6. Vorfragenkompetenz	296
7. Die internationale Geltung	296
III. Materielle Rechtskraft (Beschlüsse)	296
Fälle und Fragen	297
§ 33. Besondere Verfahrensarten	297
I. Das Strafbefehlsverfahren, §§ 407ff.	297
1. Bedeutung	297
2. Anwendungsbereich	297

3. Verfahren	298
4. Der Einspruch gegen den Strafbefehl	299
5. Die Hauptverhandlung nach Einspruch	299
6. Die Rechtskraft des Strafbefehls	299
II. Das beschleunigte Verfahren, §§ 417–420	300
1. Voraussetzungen und Verfahrensablauf	300
2. Kritik	300
III. Das Sicherungsverfahren, §§ 413–416	301
IV. Das Verfahren gegen Abwesende, §§ 276–295	301
Fälle und Fragen	301
§ 34. Rechtsmittel: Allgemeine Regeln	302
I. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel	302
1. Begriffe und Einteilungen	302
Übersicht 24: <i>Rechtsbehelfe</i>	302
2. Die Funktion der Rechtsmittel	303
II. Zulässigkeit	304
1. Statthaftigkeit	304
2. Aktivlegitimation	304
3. Beschwer	305
4. Form und Frist	306
III. Teilanfechtung und Teilrechtskraft	306
1. Mehrere Taten	307
2. Eine Tat	307
IV. Das Verbot der reformatio in peius	308
V. Verzicht und Rücknahme	310
Fälle und Fragen	310
§ 35. Die Berufung	311
I. Zulässigkeit	311
1. Statthaftigkeit	311
2. Form und Frist	311
3. Berufung und Wiedereinsetzung	311
4. Begründung	311
5. Unbestimmtes Rechtsmittel	311
6. Annahmeberufung	312
7. Rechtsfolgen	312
II. Der Gang des Verfahrens	312
1. iudex a quo	312
2. Zulässigkeit	312
3. Vorbereitung der Hauptverhandlung, § 323	313
4. Verfahrenshindernisse	313
5. Die Hauptverhandlung	313
6. „Versäumnisurteil“, § 329	313
7. Aufhebung und Zurückverweisung	314
III. Die Sachentscheidung des Berufungsgerichts	314
1. Unbegründete Berufung	314
2. Begründete Berufung	314
Fälle und Fragen	314
§ 36. Revision	315
I. Grundlagen	315
1. Das Prinzip	315

beck-shop.de
FACHBUCHHANDLUNG

2. Die Zwecke	315
3. Die „erweiterte“ Revision	316
II. Revisionsgründe	317
1. Gesetzesverletzung	317
2. Beruhen	319
<i>Übersicht 25: Absolute Revisionsgründe, § 338</i>	320
3. Sachrügen	320
4. Verfahrensrügen	321
III. Zulässigkeit	323
1. Statthaftigkeit, §§ 333, 335	323
2. Form und Frist der Einlegung, § 341	324
3. Revisionsanträge, § 344 Abs. 1	324
4. Begründung, § 344	324
5. Begründungsschrift, § 345	324
IV. Verfahren und Entscheidungen	324
1. Vorprüfung durch das Tatgericht, § 346	324
2. Beschlussentscheidungen des Revisionsgerichts, § 349	325
3. Die Hauptverhandlung, §§ 350, 351	325
4. Die unbegründete Revision	326
5. Die begründete Revision, §§ 353, 354	326
6. Verletzung des rechtlichen Gehörs, § 356a	328
7. Revisionserstreckung auf Mitangeklagte, § 357	329
Fälle und Fragen	329
§ 37. Die Beschwerde	330
I. Überblick	330
II. Die (einfache) Beschwerde, § 304	330
1. Statthaftigkeit	330
2. Beschwerdeberechtigung	330
3. Der Ausschluss der Beschwerde	331
4. Das zuständige Gericht	331
5. Beschwerde: Prozessuale Überholung	331
6. Entscheidungen	331
III. Die sofortige Beschwerde, § 311	332
IV. Die weitere Beschwerde, § 310	332
Fälle und Fragen	332
§ 38. Die Wiederaufnahme des Verfahrens	333
I. Grundlagen	333
1. Zielkonflikte	333
2. Anwendungsbereich, §§ 359ff.	333
3. Gründe	333
4. Beschwerde	333
5. Grundzüge des Verfahrens	334
II. Die Wiederaufnahme zugunsten des Verurteilten, § 359	334
1. Die Gründe Nr. 1–4, 6	334
<i>Übersicht 26: Wiederaufnahmegründe, § 359</i>	334
2. Neue Tatsachen oder Beweismittel, Nr. 5	335
III. Die Wiederaufnahme zuungunsten des Angeklagten, § 362	335
IV. Verfahren: Die Zulässigkeit, §§ 363–368	336
V. Verfahren: Die Begründetheit, §§ 369ff.	336
VI. Die erneute Hauptverhandlung, § 373	337
VII. Entschädigung	338
Fälle und Fragen	338

§ 39. Die Beteiligung des Verletzten am Verfahren	339
I. Überblick	339
II. Privatklage, §§ 374 ff.	339
1. Bedeutung	339
2. Anwendungsbereich	340
3. Privatkläger – Staatsanwaltschaft	340
4. Verfahren	340
5. Verfahrensbeendigung	341
6. Rechtsmittel	341
III. Nebenklage, §§ 395 ff.	341
1. Die Interessenlage	341
2. Die Anschlussbefugnis	342
3. Der Anschluss	342
4. Die Rechte des Nebenklägers	343
5. Rechtsmittel	343
IV. Das Adhäsionsverfahren, §§ 403 ff.	344
1. Bedeutung	344
2. Zulässigkeit	345
3. Verfahren	345
4. Entscheidung	346
5. Rechtsmittel, § 406a	346
V. Sonstige Befugnisse des Verletzten, §§ 406d ff.	347
1. Beteiligungsrechte	347
2. Akteneinsichtsrecht, § 406e	348
VI. Entschädigung	348
1. Opfer von Gewalttaten	348
2. Schadenswiedergutmachung	349
3. „Zurückgewinnungshilfe“	349
4. Opferanspruchssicherungsgesetz	349
Fälle und Fragen	349
§ 40. Die Kosten des Verfahrens	349
I. Begriff	349
II. Bemessung	350
III. Kostenträger	350
IV. Kosten und Auslagen bei Rechtsmittel	351
Fälle und Fragen	351
Kommentierungshinweise	353
Lösungshinweise für die Fälle und Fragen	357
Sachverzeichnis	389